

# „Einzug Radikaler verhindern“

**Interview:** Martin Schulz (SPD) hofft auf hohe Wahlbeteiligung, um Chancen extremer Parteien zu senken

VON STEFAN VETTER

ZUR PERSON

Am 25. Mai ist Europawahl. Sie ist wichtiger als alle vorherigen. Weil die EU und ihre Institutionen wichtiger geworden sind. Das hat die noch nicht überwundene Euro-Krise gezeigt. Auch im Konflikt mit Russland ist der Zusammenhalt der EU von zentraler Bedeutung. Gleichzeitig aber sind viele Wähler skeptisch gegenüber der Brüsseler Bürokratie und wenden sich ab.

Unsere Berliner Korrespondenten sprachen mit den Spitzenkandidaten aller Bundestagsparteien über die Lage, ihre Argumente und ihre Wahlziele. Heute: Martin Schulz (SPD), der zugleich Präsident des Europäischen Parlaments ist.

**Herr Schulz, mit nur 21 Prozent der Stimmen erzielte die SPD 2009 mit Ihnen als Spitzenkandidat ihr schlechtestes Ergebnis bei einer Europawahl. Warum sollte es diesmal besser werden?**

MARTIN SCHULZ: Die stärkere Personalisierung des Wahlkampfes wird die Aufmerksamkeit für diese Wahl steigern. Die Bürger haben erstmals einen direkten Einfluss darauf, wer neuer Kommissionspräsident wird. Wer CDU wählt, bekommt Juncker, wer SPD wählt, bekommt Martin Schulz zum Kommissionspräsidenten. Die Stimmung ist gut für die SPD. Das merke ich bei den Umfragen und meinen Wahlkampfauftritten.

**Sehen Sie sich schon als neuen Kommissionspräsidenten?**

SCHULZ: Ich tue jedenfalls alles dafür, dass das gelingt. Und ich hoffe, mit unserem Programm die EU zu reformieren, sie demokratischer, transparenter und sozial gerechter zu



**Martin Schulz (SPD)**

Martin Schulz (58) ist seit 2012 Präsident des Europäischen Parlamentes. Zuvor war der Politiker Vorsitzender der Fraktion sozialdemokratischer Parteien im EU-Parlament, dem der gelernte Buchhändler seit 1994 angehört. Nach der Europawahl 2009 erregte er Aufmerksamkeit, als er eine Zustimmung

seiner Fraktion zu einer zweiten Amtszeit der Kommission Barroso zunächst verhinderte. Am 1. März 2014 wurde er von den Europäischen Sozialisten zum gemeinsamen Spitzenkandidaten gewählt.

Der gebürtige Rheinländer ist verheiratet, hat zwei Kinder und lebt in Würselen bei Aachen. (coe) Foto: dpa

machen, auch bessere Chancen zu haben als die politische Konkurrenz.

**Was würden Sie als Kommissionschef zuerst machen?**

SCHULZ: Alle Maßnahmen der Kommission zukünftig darauf abklopfen, ob sie Arbeitsplätze schaffen. Und zweitens würde ich den Mitarbeitern der Kommission einen Brief

schreiben mit der Bitte, nicht mehr darüber nachzudenken, ob es noch ein Feld in Europa gibt, auf dem wir noch nichts geregelt haben. Stattdessen sollten sie Vorschläge unterbreiten, was besser auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene gelöst werden kann. Denn je ortsnäher eine Entscheidung erfolgt, desto höher ist ihre Akzeptanz.

**Das wird die Brüsseler Bürokraten kaum begeistern...**

SCHULZ: Mag sein, aber ich will ja auch die Bürger begeistern. Ich will auf eine europaweite Regelung drängen, dass Unternehmen in dem Land ihre Steuern zahlen, in dem sie ihre Gewinne machen. Es darf nicht länger sein, dass Arbeitnehmer und Selbstständige brav ihre Steuern zahlen, aber milliardenschwere Unternehmer ihr Geld in ausländische Steueroasen bringen.

**Offenbar haben die Deutschen mit Europa wenig am Hut. 2009 gab nicht einmal die Hälfte der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Was läuft da schief?**

SCHULZ: Es gibt eine Kluft zwischen den tatsächlichen Befugnissen des EU-Parlamentes und seiner öffentlichen Wahrnehmung. Ich habe in den letzten zweieinhalb Jahren meiner Präsidentschaft alles getan, um das Parlament hörbarer zu machen.

**Durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts haben auch deutsche Kleinstparteien gute Chancen, ins Europaparlament einzuziehen. Was bedeutet das in der Praxis?**

SCHULZ: Eben weil es keine Sperrklausel mehr gibt, sollten alle Demokraten mithelfen, einen Einzug radikaler Parteien, vor allem jener, die der Ideologie Hitlers anhängen, durch ihre Stimmabgabe zu verhindern. Das schaffen wir, wenn die Wahlbeteiligung hoch ist.

**Wie beurteilen Sie die Rolle der EU im Konflikt zwischen Russland und der Ukraine?**

SCHULZ: Bis zur Unterschriftsreife des Assoziierungsabkommens mit Kiew im November 2013 hat die EU alles richtig gemacht. Jetzt

müssen wir vermitteln und deeskalieren. Das heißt, einerseits Stärke zu zeigen, was die Sanktionen angeht, und zugleich die Türen für Verhandlungen mit Moskau offen halten und versuchen, als Nachbarn unsere gemeinsamen Interessen zu definieren.

**Das EU-Parlament hat jüngst eine Bankenunion beschlossen. Ist die Euro-Krise damit ausgestanden?**

SCHULZ: Wir haben viel erreicht. Aber es gibt immer noch Millionen Arbeitslose, vor allem bei der jungen Generation. Für mich ist die Krise noch nicht beendet, wenn sich Krisenstaaten wieder Geld am Kapitalmarkt besorgen können. Das ist zwar gut. Aber die Krise ist erst vorbei, wenn wir die dramatische Arbeitslosigkeit erfolgreich bekämpft haben.

**Genau das hat die SPD immer gefordert. Aber jetzt, da sie in Berlin mitregiert, passiert nichts.**

SCHULZ: Seit die SPD mitregiert, werden viele richtige Impulse gesetzt. Aber es ist zunächst Aufgabe der Regierungen in Italien, Griechenland oder Spanien für Wachstumsimpulse in ihren Ländern zu sorgen. Die Bundesregierung kann dabei nur helfen. Zum Beispiel dadurch, dass sie sich für einen besseren Zugang zu Krediten für kleinere und mittlere Unternehmen in den Krisenländern einsetzt.

**Muss angesichts der Krisen erst einmal Schluss sein mit der EU-Erweiterung?**

SCHULZ: Wir sind jetzt in einer Phase der Konsolidierung der EU. Das wird Zeit brauchen. An eine schnelle Erweiterung ist da nicht zu denken.

• **Mit dieser Folge endet unsere Interviewserie.**